

**Rede des
Niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil
anlässlich
des Jahresauftakts der IHK Hannover
am 13. Januar 2014, 11:00 Uhr, Hannover**

Herr Minister Schneider,
meine Herren Staatssekretäre,
meine Damen und Herren Abgeordneten aus fast allen denkbaren Parlamenten,
meine Herren Oberbürgermeister und Bürgermeister,
Herr Regionspräsident,
meine Herren Landräte,
lieber Herr Professor Rehm,
lieber Herr Schrage,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

zunächst einmal vielen Dank dafür, dass ich eine Tradition fortsetzen darf, nämlich die Tradition, dass der niedersächsische Ministerpräsident am Anfang des Jahres hier beim Neujahrsempfang der IHK Hannover Rechenschaft ablegt. Ich habe das jetzt ungefähr 20 Jahre lang ganz entspannt da genossen, wo Sie jetzt sitzen und will versuchen, in den nächsten Jahren diese gute Tradition, wenn die Einladungen weiter stattfinden, fortzusetzen. Das ist Ausdruck einer sehr guten Zusammenarbeit zwischen der IHK Hannover und dem Land. Wir wissen das sehr zu schätzen.

Nun haben wir heute den 13. Januar, da darf man vielleicht noch gute Neujahrswünsche aussprechen. Ich wünsche für Sie persönlich und für Ihre Familie Ihnen alles Gute und für Ihre Unternehmen allen denkbaren Erfolg, denn ganz am Ende ist das dann auch ein Erfolg des Landes Niedersachsen. Der Jahreswechsel ist eine gute Gelegenheit, einmal Bilanz zu ziehen.

2013 war alles in allem für uns in Niedersachsen ein gutes Jahr, gerade auch wirtschaftlich. Die Arbeitslosenquote ist unter dem Bundesdurchschnitt. Was ich besonders bemerkenswert finde, alleine in den letzten 12 Monaten sind in Niedersachsen über 39.000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen worden. Das ist eine Zahl, die lässt sich wirklich hören und ich weiß genau, das ist nicht das Ergebnis weiser Ratschlüsse der Politik, sondern das Ergebnis von harter Arbeit in Ihren Unternehmen und deswegen möchte ich gerne diese Gelegenheit nutzen, einfach einmal im Namen der Landesregierung bei Ihnen allen ein herzliches Dankeschön für diese Arbeit abzugeben. Sie machen uns damit die Sache auch viel leichter. Also herzlichen Dank für Ihre Arbeit, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Der Ausblick auf das nächste Jahr fällt nicht weniger gut aus. 89 Prozent der Unternehmen, die von unseren Industrie- und Handelskammern befragt worden sind, haben gesagt, sie schätzen die Lage ihres Unternehmens als gut bis befriedigend ein.

Das NIW sagt 2 Prozent Wachstum in Niedersachsen voraus, also noch einmal wieder um einiges über dem Bundesdurchschnitt, und in Hannover würde man in einer Situation sagen, da kann man nicht meckern. Das ist in Hannover die Vorstufe zur Euphorie. Euphorie selber drückt sich dann in den Worten, da kann man echt nicht meckern, aus.

Das ist gut. Aber ich glaube, genauso wie in Unternehmen ist es auch in der Politik und in der Gesellschaft. Im Moment des Erfolges sind manchmal die Risiken am größten und das Risiko, sich entspannt zurückzulehnen und jetzt den Erfolg zu genießen, dieses Risiko sollten wir nicht eingehen. Es geht darum, den Erfolg dauerhaft zu machen, krisenfest, wetterfest zu machen und dafür brauchen wir zweierlei. Wir brauchen die richtigen Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft von Europa, vom Bund und auch vom Land aus, und wir brauchen die richtigen Standortbedingungen vor Ort. Wenn ich vor diesem Hintergrund einmal ganz konkret auf den Kammerbezirk schaue, dann bestätigt sich in kleinerem Maßstab das, was für Niedersachsen insgesamt gilt, für Niedersachsen ist seine Vielfalt prägend. Dieses Land ist nicht über einen Kamm zu scheren und der Kammerbezirk der IHK Hannover ist es auch nicht. Hier leben 2,5 Millionen Menschen, hier werden 80 Milliarden Euro des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet. Das sind 35 Prozent der niedersächsischen Wirtschaftsleistung. Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, Ihre Unternehmen repräsentieren ein gutes Stück der niedersächsischen Wirtschaft.

Aber innerhalb dieses Kammerbezirks stellen sich die Verhältnisse weiß Gott sehr unterschiedlich dar. Da haben wir zum Beispiel den Ballungsraum Hannover. Da erlaube ich mir aus meiner früheren Tätigkeit heraus ein gewisses Urteil. Ich glaube, Landeshauptstadt der Region und auch zweiter Ring insgesamt sind auf einem guten Weg. Es gibt einen bemerkenswerten Strukturwandel, der erfolgreich verlaufen ist. Es gibt eine Reihe von Indizien dafür, dass dieser Kernbereich der niedersächsischen Wirtschaft weiter mit guten Standortqualitäten aufweisen wird. Aber Sie sehen in Ihrem Kammerbezirk auch ganz andere Bereiche, vor allen Dingen in der Fläche, zum Beispiel in Südniedersachsen, wo unverkennbar strukturelle Herausforderungen warten, aufgenommen zu werden, wo wieder Perspektiven, insbesondere vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden Bevölkerungsrückgangs, erarbeitet werden müssen und deswegen hat sich die Landesregierung vorgenommen, so gut als möglich Landespolitik zu regionalisieren. Ein Land von dieser Größe unter diesen unterschiedlichen Voraussetzungen, das kann man nicht am grünen Kabinetttisch in Hannover gewissermaßen durch einsame Beschlüsse entwickeln und lenken, sondern wir wollen da, wo es möglich ist, in die Regionen hineingehen und mit den Regionen, mit den Akteuren in den Regionen gemeinsam die richtigen Stärken und Schwächen herausarbeiten, die effizientesten Investitionen und die größten Wirkungen erzielen. Wir wollen dafür vor allen Dingen in der neuen Förderperiode der Europäischen Union die Strukturförderung nutzen der Europäischen Union. Leider ist es deutlich weniger als in den früheren Jahren. Umso wichtiger ist es, dass man künftig Blattschüsse setzt. Wir haben nicht mehr die Möglichkeit, allzu viele Streuschüsse zu verteilen. Die Europäische Union macht Vorgaben, es geht um Innovation, es geht um die Wettbewerbsfähigkeit von kleineren und mittleren Unternehmen, es geht um die CO₂-Minimierung und daran werden wir bei uns vor Ort in Niedersachsen ebenfalls anknüpfen müssen.

Und um diese neue Herangehensweise im Flächenland Niedersachsen in die Tat umzusetzen, haben Anfang des Jahres vier Landesbeauftragte ihre Arbeit aufgenommen, Landesbeauftragte, die eine Scharnierfunktion haben. Sie sollen in den Regionen als autorisierte Gesprächspartner der Landesregierung zur Verfügung stehen

und sie sollen in der Landesregierung als Anwälte, als Stimme ihrer Regionen arbeiten. Nun weiß ich aus eigener Erfahrung, in Hannover, in der Kernstadt, in der Region Hannover mag das nicht das größte Thema sein. Schließlich haben Sie die Landesregierung und alle Verantwortlichen vor Ort. Ich sage Ihnen, in der Fläche stellt sich das zum Teil wirklich anders dar und insbesondere Südniedersachsen wird in dieser Hinsicht ein Schwerpunkt unserer Strukturpolitik sein müssen. Und deswegen bitte ich die IHK Hannover sehr herzlich um eine intensive Mitarbeit bei diesem Vorhaben, insbesondere auch in der engen Kooperation mit der neuen Landesbeauftragten, mit Karin Beckmann, eine Expertin, die vielen von Ihnen von Ihrer Arbeit in der NBank bekannt ist. Und was den Bereich Südniedersachsen konkret angeht mit Herrn Matthias Wunderling-Weilbier. Ich bin sicher, die IHK Hannover hat und ihre Mitgliedsunternehmen haben ein eigenes großes Interesse daran, dass wir tatsächlich wieder in diesen Räumen, in diesen Teilräumen ihres Kammerbezirks neue Perspektiven erarbeiten. Das ist das eine, gute regionale Standortbedingungen zu schaffen.

Aber das andere ist nicht weniger wichtig, nein, in vielen Fällen wahrscheinlich noch sehr viel wichtiger, dass wir die richtigen Rahmenbedingungen setzen seitens der Politik von den unterschiedlichen politischen Ebenen aus. Es geht um wettbewerbsfähige Standortkosten, es geht um eine gute Infrastruktur und es geht um Fachkräfte, um genügend und gut qualifizierte Fachkräfte. Ich freue mich sehr, lieber Herr Professor Rehm, dass Sie in Ihrem Beitrag hier einen absoluten Schwerpunkt gesetzt haben. Das deckt sich eins zu eins mit unseren Vorstellungen. Auch wir sehen im Bereich Bildung und Qualifizierung das strategische, das entscheidende strategische Handlungsfeld, und zwar gerade auch wirtschaftspolitisch. 20 Prozent der Unternehmen berichten inzwischen von Schwierigkeiten geeigneten Nachwuchs zu finden. Ein Fünftel der Unternehmen in Niedersachsen. Das ist gegenüber dem Jahr 2010 eine Verdoppelung. Und die Zukunft verheißt an dieser Stelle noch anspruchsvoller zu werden. Lassen Sie mich Sie dreimal mit der Zahl ein Fünftel malträtiert. In den nächsten 15 Jahren wird die Zahl der jüngeren, neu auf den Arbeitsmarkt eintretenden Menschen um ein Fünftel zurückgehen in der Summe. Mehr als ein Fünftel eines Jahrgangs verlässt unser Ausbildungssystem ohne einen qualifizierten Berufsabschluss. Und um noch einmal dieselbe Zahl zu nehmen, mehr als ein Fünftel aller Ausbildungsverträge werden nicht erfolgreich zu Ende gebracht. Das ist schlecht für alle Beteiligten, das ist eine Verschwendung von Zeit, Energie, Kraft, Geduld und vor allem auch Geld, insbesondere auch für die Ausbildungswirtschaft. Wir haben also wirklich jede Menge Grund, gemeinsam genau dieses Thema, das Sie adressiert haben, lieber Herr Professor Rehm, intensiv zu bearbeiten. Ich werde manchmal mit der Frage konfrontiert, ob das nicht ein allzu sehr wirtschaftspolitisch reduzierter Ansatz sei, bei Bildung ginge es doch um mehr. Ich halte diese Diskussion offen gestanden für müßig. Natürlich, gut ausgebildete qualifizierte Menschen, die werden ihren Platz in der Gesellschaft finden, die werden ihren Beitrag für unser Gemeinwesen leisten, aber sie werden vor allen Dingen eben auch die dringend notwendigen Beiträge für eine weiter erfolgreiche Wirtschaft bei uns in Niedersachsen leisten können.

2013 haben wir es geschafft in unserem Land, den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz tatsächlich zu realisieren. Da hätte ich nicht drauf wetten mögen, dass das gelingt. Und ich möchte gerne die Gelegenheit nutzen, den niedersächsischen Kommunen, gerade auch den Kommunen in dem Kammerbezirk hier bei Ihnen, sehr herzlich für den damit verbundenen Kraftakt zu danken. 2014 muss es weitergehen. Wir werden in diesem Jahr die Studiengebühren abschaffen. Diejenigen von Ihnen, die sich nicht von den sozialen Argumenten für diese Maßnahme auf Anhieb überzeugen lassen, das soll es geben, die werden mindestens, denke ich, nachdenklich werden bei

dem Hinweis darauf, dass Niedersachsen damit das letzte Land ist, das die Studiengebühren in Deutschland abschafft. Wenn wir künftig einen noch sehr viel stärkeren Wettbewerb um junge Köpfe haben werden, dann müssen wir uns auch alle Mühe geben, ein attraktiver Ausbildungsstandort zu sein und dafür arbeitet unter anderem diese Maßnahme.

Wir wollen aber vor allen Dingen auch in diesem Jahr etwas anderes beginnen, was die ganzen nächsten Jahre hindurch fortgeschrieben werden muss. Sie kennen das vielleicht aus dem eigenen betrieblichen Alltag, dass junge Arbeitnehmer meinen, nach der Kindergartenzeit ihrer Kinder hätten sie „das Schlimmste hinter sich“, was die Vereinbarkeit von Familie und Beruf angeht, und sie sind unangenehm überrascht festzustellen, dass sie das Schlimmste vor sich haben, weil nämlich die Betreuung der Kinder nach der Einschulung durchaus auf erhebliche Probleme stößt. Und mir begegnen immer wieder Hinweise bei Unternehmensbesuchen, man möge doch bitteschön alles Erdenkliche dafür tun, dass insbesondere junge, qualifizierte Arbeitnehmerinnen nach einer Geburt sehr schnell wieder an den Arbeitsplatz zurückkehren können. Das ist ein Grund, warum wir in den nächsten Jahren hart dafür arbeiten wollen, flächendeckend auf einem guten Niveau in Niedersachsen Ganztagschulen einzurichten. Das andere Argument ist, dass die frühkindliche und kindliche Förderung natürlich massiv darüber entscheidet, ob wir später zum Beispiel junge Leute haben, die den Anforderungen des beruflichen Lebens entsprechen. Und deswegen werden wir uns alle Mühe geben, insbesondere auch alle finanzielle Mühe geben, an dieser Stelle voranzukommen bei der Umsetzung von Ganztagschulen. Und was die finanzielle Mühe angeht, steht Ihnen der Herr Finanzminister im Anschluss beim Empfang für nähere Auskünfte gerne zur Verfügung. Wir investieren an dieser Stelle in den nächsten Jahren mehr als 400 Millionen Euro. Das ist ein echter Schwerpunkt.

Wir wollen einen zweiten Schwerpunkt in diesem Jahr herausarbeiten. Kultusministerin Frauke Heiligenstadt wird in engster Abstimmung mit der Wirtschaft versuchen, die berufliche Bildung und die berufliche Orientierung in unserem Land zu verbessern. Ein extrem wichtiger Bereich. Ich erinnere noch einmal an die dreimal ein Fünftel, die ich erwähnt hatte. Es geht darum ganz schlicht gesagt, dass junge Menschen am Ende der Schulzeit zumindest ein besseres Gefühl dafür haben müssen, welches der richtige Beruf für sie sein könnte, und es geht darum, dass wir so schnell wie möglich alle diejenigen, die nicht im Bildungssystem weitermachen wollen, beispielsweise weil sie studieren, in die duale Ausbildung hineinzubekommen. Wenn man sich fragt, worauf beruht denn dieser große Erfolg der deutschen Volkswirtschaft, da stimme ich Ihnen ganz und gar zu, Herr Präsident Rehm, dann landet man sehr schnell auch bei der Frage der beruflichen Bildung, bei der dualen Ausbildung. Und wir haben eben auch in Niedersachsen mittlerweile eine Vielzahl von Angeboten, die bei Lichte besehen möglicherweise für die betroffenen jungen Menschen nicht mehr bieten als Warteschleifen. Das kann es nicht sein. Und deswegen das intensive Engagement, darum alle Absolventen unserer Schulen so schnell wie möglich entweder weiter im Bildungswesen nach oben oder aber vor allen Dingen auch in die duale Ausbildung hineinzubekommen. Und auch an dieser Stelle möchte ich die IHK, aber ich möchte auch alle Ausbildungsunternehmen, die hier versammelt sind, sehr herzlich bitten mitzuarbeiten, mitzudenken, mit zu diskutieren. Wir müssen miteinander besser werden in diesem Punkt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang ein Wort sagen zur Haushaltslage. Da führt kein Weg drum herum, denn Bildung kostet meistens Geld, wird eben durch Menschen vermittelt. Bildung ist teuer. Man sollte allerdings auch bedenken, was J. F.

Kennedy gesagt hat. Bildung ist teuer, stimmt. Aber es gibt nur eins, was noch teurer ist: Keine Bildung. Hat sich nicht viel geändert seit Kennedys Zeiten. Wir haben sehr unterschiedliche Aufgaben zu lösen auf der Landesebene. Wir haben auf der einen Seite Zukunftsinvestitionen, über die ich gerade gesprochen habe. Für mich sind bildungspolitische Maßnahmen Zukunftsinvestitionen. Und zum anderen haben wir die Schuldenbremse zu erfüllen. Da kann es auch gar keine Diskussion geben. Nicht deswegen, weil die Schuldenbremse richtig ist und nicht deswegen, weil sie geltendes Verfassungsrecht ist. Wir haben geerbt bei Regierungsantritt ein Strukturdefizit in Niedersachsen von 1,3 Milliarden Euro. Es ist uns gelungen mit dem ersten Haushalt, dieses Strukturdefizit um etwa 25 Prozent zu senken. Das ist ein wichtiger Schritt Richtung Schuldenbremse, aber vor uns liegt noch sehr viel harte Arbeit, tatsächlich bis zum Ende dieses Jahrzehnts spätestens dafür zu sorgen, dass wir in Niedersachsen keine Schulden mehr aufnehmen. Das ist ein überragendes Ziel der Landesregierung. Und Sie werden verstehen, beides miteinander lässt sich nicht gleichermaßen erfolgreich hinkriegen. Hart zu sparen und das Strukturdefizit wegzubekommen und gleichzeitig energisch in die Zukunft zu investieren, das sind einfach unterschiedliche Vorzeichen, die da aufeinanderprallen. Ich mache kein Geheimnis draus, ich hätte mir an dieser Stelle mehr Rückenwind aus Berlin gewünscht. Ich glaube, Bildung und Qualifizierung, das sind die überragenden Aufgaben, die die Politik in den nächsten 15, 20 Jahren haben wird, wenn es um die Zukunftssicherung unserer Gesellschaft insgesamt geht. Was wir jetzt sehen, ist weniger Rückenwind, das ist eher ein Lüftchen, was wir an zusätzlicher Unterstützung kriegen werden. Dabei ist die Aufgabe eigentlich einfach und kurz zu beschreiben. Wer nichts im Boden hat, muss was in der Birne haben, so hat das der Unionskollege Bosbach einmal sehr treffend formuliert und recht hat er. Es bleibt dabei, Deutschland investiert im OECD-Vergleich unter dem Durchschnitt in Bildung und wir werden auch künftig ein Kooperationsverbot haben, das heißt, wir machen das Gegenteil dessen, was notwendig wäre. Notwendig wäre eine große gemeinsame Kraftanstrengung aller politischen Ebenen für mehr Bildung. Gehen Sie also bitte davon aus, dass wir unter diesen Voraussetzungen in den nächsten Jahren intensiv mit dem, was uns landespolitisch möglich ist und in engster Abstimmung mit der Wirtschaft, uns bemühen werden, unser Bildungssystem so zu entwickeln, dass das größte Wachstumsrisiko für unsere Wirtschaft in den nächsten Jahren erfolgreich bekämpft werden kann. Und dieses größte Risiko ist der Fachkräftemangel.

Andere Teile, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Koalitionsvereinbarungen sehe ich wesentlich positiver. Das gilt zum Beispiel für den Arbeitsmarkt. Es stimmt, wir haben einen großen Erfolg. In den letzten zehn Jahren sind ein Drittel aller Arbeitslosen tatsächlich in Arbeit insgesamt vermittelt worden. Die Arbeitslosigkeit ist um ein Drittel zurückgegangen. Aber richtig ist auch, mehr als 7 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland verdienen weniger als 8,50 Euro in der Stunde. Ich habe mich sehr gefreut heute zu hören, dass wir zum Beispiel jetzt im Bereich der Fleischindustrie einen Tarifvertrag haben werden, der in Stufen, aber eine notwendige Anpassung dieser doch einigermaßen bescheidenen Stundenlöhne vorsieht. Ich halte das für wichtig, genauso wie ich es für wichtig halte, dass wir Überspitzungen, die sich auf dem Arbeitsmarkt breitgemacht haben in den letzten Jahren, zurückstutzen. Ich bin gelernter Jurist. Der gute alte Werkvertrag, seit dem 1. Januar des Jahres 1900 Bestandteil des Bürgerlichen Gesetzbuches, der ist und bleibt eine notwendige Grundlage unserer arbeitsteiligen Wirtschaft. Aber ich glaube, wenn man genau hinschaut, stellt man fest, da ist heute das eine oder andere als Werkvertrag deklariert, was bei Lichte besehen vielleicht ganz normale unselbstständige Beschäftigung ist und das sollten wir in unserem Sozialstaat nicht zulassen.

Lassen Sie mich abschließend einen Bereich noch einmal ansprechen, der für uns in Niedersachsen von allergrößter Bedeutung ist: die Energiepolitik. Energie ist ein Topthema. Das gilt allgemein. In vielen Ihrer Unternehmen dürften die Energiekosten im Rahmen der Gesamtkostenrechnung wirklich ein relevanter Faktor sein. Es gilt aber auch strukturell ganz besonders für uns in Niedersachsen. Das hat einen einfachen Grund. Die politische Entscheidung, nach und nach unsere Energieversorgung auf Erneuerbare umzustellen, gibt für uns eine große, man kann sagen eine einmalige Chance. Bei uns weht der Wind über das Meer und die Küste tief in die norddeutsche Tiefebene hinein und Wind ist unter den erneuerbaren Energien allemal die leistungsfähigste, die wirtschaftlichste Energiequelle. Die Energiewende ist also für uns eine Chance als Land. Aber wenn man ehrlich ist, muss man auch sagen, es ist eher derzeit eine Kakophonie, die einem energiepolitisch begegnet. Eigentlich sind alle unzufrieden. Die Verbraucher, die Privaten und die Gewerblichen fragen sich, wohin sich denn wohl die Preise entwickeln mögen. Die Investoren sind verunsichert und fragen sich, welche Rahmenbedingungen denn gelten. Und insgesamt hat man nicht den Eindruck, dass große Zuversicht herrscht. Ich glaube, dass nach dem vielleicht allzu überstürzten Ausstieg aus der Atomenergie nach Fukushima die Komplexität der Energiewende unterschätzt worden ist.

Ja, da kann man klatschen. Es gab mal einen Bundeskanzler aus Hannover, der hat das klüger angestellt, der hat eine längere Frist gegeben für einen Atomausstieg. Die Komplexität ist unterschätzt worden. Wer in einer entwickelten Volkswirtschaft wie unserer tatsächlich die Energieversorgung in dieser Weise umstellen will, der hat sich eine richtige Managementaufgabe vorgenommen und bislang haben zweierlei gefehlt. Erstens ein Projektmanagement. Wir hatten die unterschiedlichsten Zuständigkeiten in den unterschiedlichsten Händen und das würde bei Ihnen im Unternehmen beim Aufbau eines Projektmanagements nicht lange gutgehen, und so ist es auch im Staat nicht lange gutgegangen und ich finde es ausgesprochen gut, dass wir jetzt eine Bündelung auf der Bundesebene in einem Energieministerium haben und ich finde es auch ausgesprochen gut, dass wir es mit einem Wirtschafts- und Energieministerium zu tun haben, nicht nur deswegen, weil damit die virulenten Belange der Industrie und der Wirtschaft damit von Anfang an Teil der Meinungsbildung sind, sondern weil damit auch die wirtschaftspolitischen Chancen der Energiewende von Anfang an sehr klar im Bewusstsein sein. Wir haben jetzt also ein Energiemanagement. Jetzt kommt Stufe zwei und das ist wahrscheinlich der entscheidende Schritt, wir brauchen einen entsprechenden Projektplan. Nicht weniger hat man sich vorgenommen mit einer grundlegenden Novellierung des Gesetzes über die erneuerbaren Energien. Und ich glaube, dass die Koalitionsvereinbarung an dieser Stelle deutlich mehr Substanz hat, als gelegentlich in der öffentlichen Berichterstattung wiedergespiegelt wird. Es wird künftig einen geregelten Prozess geben, es wird eine Steuerung geben. Das ist notwendig nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben. Es wird eine Degression bei der Förderung und eine Zurückführung der staatlichen Förderung bei Erneuerbaren auf das notwendige Maß geben. Es wird, davon gehe ich jedenfalls aus, auch eine Orientierung geben, an der wirtschaftlichsten Form erneuerbare Energien zu produzieren. Etwas, wo wir in Niedersachsen allemal wettbewerbsfähig sind. Und insbesondere freue ich mich auch sehr, dass es gelungen ist, ein für unser Land zentral wichtiges Thema zu behaupten und auszubauen. Das ist die Offshore-Industrie, die uns in Niedersachsen an der Küste die Chance gibt, tatsächlich eine neue Industrie zu implementieren, aber auch weit darüber hinaus, wenn ich an die Ausrüstungsindustrie denke, zum Beispiel Salzgitter.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind alles die richtigen Schritte in die richtige Richtung. Wir werden sicherlich ein halbes Jahr lang eine intensivste

Diskussion darüber erleben, ob diese richtigen Grundsätze auch richtig umgesetzt werden. Aber alles in allem glaube ich schon, dass man insoweit einen Grund zum Optimismus hat. Was wird das für die Kosten heißen? Es muss, um es klar zu sagen, darum gehen, die Kostendynamik zu brechen. Es ist nicht realistisch, wenn irgendjemand verkünden würde, die Energiepreise würden sinken. Das halte ich für unrealistisch. Aber die Kostendynamik zu brechen, das ist allemal realistisch. Und wenn Energiepreise als nicht mehr akzeptabel empfunden werden, dann muss auch auf eines deutlich hingewiesen werden: Der Staatsanteil am Strompreis beträgt etwa 50 Prozent. Das ist mitnichten die Energiewende alleine, sondern es ist auch die Frage, wie man politisch entscheidet, an welcher Stelle eigentlich der Staat in welchem Maße Preise mit dominiert.

Das Thema Energie hat gleichzeitig auch einen ausgesprochen großen Europabezug und deswegen will ich beides abschließend versuchen miteinander zu verknüpfen. Ich denke, unter Ihnen sind viele, die fragen sich gerade, wie geht das eigentlich weiter mit der Befreiung für energieintensive Unternehmen von der EEG-Umlage. Und ich finde, eins muss klipp und klar vorweggestellt werden: Deutschland kann froh und glücklich sein, eine international wettbewerbsfähige Industrie zu haben. Das ist die Basis unseres Wohlstands und daran dürfen wir nicht rütteln lassen. Das gilt auch gegenüber Bestrebungen der Europäischen Kommission, jetzt gewissermaßen die gesamte Befreiung von der EEG-Umlage für stromintensive Unternehmen anzugreifen. Manchmal möchte man sich fragen, haben die keine anderen Sorgen in Brüssel? Ich empfinde es so, die deutsche Industrie ist nicht Teil der Probleme in Europa, im Gegenteil, sie ist Teil der Lösung. Deswegen ist mein Verständnis für dieses Vorgehen überschaubar. Wir haben in diesem Jahr Europawahlen und das gibt uns Gelegenheit, uns einmal daran zu erinnern, was Europa im Kern eigentlich wirklich ist. Europa ist nicht nur eine großartige Idee, Europa ist auch eine Erfolgsstory. Mehr als sechs Jahrzehnte Frieden, Freiheit, Wohlstand. Das hat es in der Geschichte unseres Kontinents buchstäblich noch nicht gegeben. Eine tolle Story. Und jetzt kommt es darauf an, diese Idee gelegentlich zu verteidigen gegenüber ihrer etwas mühseligen alltäglichen und zur Überregulierung neigenden Verwaltung. Das gilt in konkreten Fragen der Energiepolitik und da wird die niedersächsische Landesregierung sehr intensiv mit den betroffenen Unternehmen diskutieren, wie wir gemeinsam weiter vorgehen. Das gilt aber auch generell. Wenn beim Stichwort Europa nur noch der Gedanke an Vorgaben, an Regeln, an Richtlinien die Köpfe beherrscht und nicht mehr daran, was Europa eigentlich ist, dann wird es schwer. Europa, das muss tatsächlich auch ein Europa der Bürgerinnen und Bürger sein. Und deswegen möchte ich Sie alle bitten, in diesem Jahr sich auch alle zu bekennenden Europa-Fans zu entwickeln oder es zu bleiben, und gerade im Vorfeld der Europawahlen überall da, wo Sie können, dazu beizutragen, dass Europa in der Bundesrepublik und in Niedersachsen wirklich als etwas sehr, sehr durchgehend Positives wahrgenommen wird, dass wir eine hohe Beteiligung bei den Europawahlen haben, aber dass wir auch dafür sorgen werden, dass Europa nicht alle kleinen Dinge regelt, sondern vor allen Dingen Europa die großen Dinge regeln soll. Ich glaube, das ist der richtige Zugang zu dieser Diskussion.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe den Eindruck, am Anfang des Jahres 2014 haben wir eine gute, eine sehr gute Basis. Wir können, wenn man das so sagen darf, frohgemut ins neue Jahr gehen. Aber es gibt auch wirklich deutliche Herausforderungen. Herausforderungen, die man aber aus einer Position der Stärke heraus sehr viel leichter in Angriff nehmen kann als wenn wir schwach wären. Die Landesregierung wird sich sehr bemühen, in intensivster Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und ihren Organisationen, insbesondere den Kammern, diese

Herausforderungen anzugehen. Ich freue mich auf diese Zusammenarbeit und ich freue mich aufs neue Jahr.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.